

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 213

1920 Nr. 475

Abonnementpreis: ...
Einzelhefte: ...
Werbung: ...

Sonntag-Ausgabe
Sonntag, 24. Oktober

Anzeigenpreis: ...
Gesellschafts-Beleg: ...
Einzel-Druck: ...

Die amerikanische Präsidentschaftswahl

Am 2. November werden in den Vereinigten Staaten die Präsidentschaftswahlen stattfinden. Die bisherigen Wahlen über den Wahlkampf aus Amerika zu berichten, sind nur spärlich. Sie geben aber trotzdem ein klares und richtiges Bild der Lage. Die amerikanische Volk wird am 2. November zwischen vier Kandidaten zu wählen haben und zwar dem Vertreter des Demokratischen Partei, dem Gouverneur von Ohio im Bundesrat, Senator Harding, als Vertreter der republikanischen Partei, dem Gouverneur von Ohio, James Cox, als Vertreter der demokratischen Partei, den Führer der republikanischen Partei, den Gouverneur von New York, Charles Fairbank, als Vertreter der Republikanischen Partei, und endlich dem Minister der Bundesmarine im Nordamerika, dem wegen seiner Anwesenheit seit dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg anwesenden Debs als Vertreter der sozialistischen Partei.

Wenn auch viele Wähler im Nordwesten und in den Mittelstaaten ihre Stimmen für Crutchen und Debs abgeben werden und wenn auch damit sich zum ersten Mal eine Abwanderung von den beiden Alt-Parteien, den Republikanern und Demokraten bemerkbar machen wird, so können doch für die engere Wahl nur deren Vertreter, Harding und Cox in Betracht. Harding und Cox entzweien dem Staat Ohio. Beide sind dort hohe Beamte; Harding, als einer der beiden Vertreter des Staates im Bundesrat, sein demokratischer Gegner als zum dritten Mal als Schlichter-Vertrager begannen, sie sind also „self made men“, ohne jedoch über ein für amerikanische Verhältnisse besonderes Vermögen zu verfügen. Was die Ausbreitung beider angeht, so dürfte es wohl zweifelhaft sein, ob Senator Harding gewählt werden wird. Bei einer Wahlen-October vorgenommenen Stichprobe zum Präsidentschaftswahl wurden für Harding 135 275 männliche und 170 000 weibliche, insgesamt 305 275 Stimmen, für Cox 280 000 männliche und 320 000 weibliche, insgesamt also 600 000 Stimmen abgegeben. Wenn man diese Gesamtstimmzahl nach der Vertretung der Staaten im Wahlkollegium umrechnet, so erhält man für Harding 364 und für Cox 147 Stimmen.

Als die Kandidaten ähneln sich die Programme der beiden Parteien, wie es überhaupt einen tatsächlichen Unterschied in den Grundgedanken beider großen politischen Organisationen Amerikas heute kaum gibt. In dem Programm der republikanischen Partei werden der Arbeiterpartei Zugeständnisse gemacht. In allen den Schlußsätzen und Äußerungen sind die Interessen der Arbeiterklasse im Vordergrund zu sehen. Das demokratische Programm behält sich gegenüber der Arbeiterpartei freie Hand vor, schließt sich der amerikanischen Politik Wilsons an und enthält sich jeder Erklärung gegenüber Canada. Trotz des Tuns der Arbeiterpartei auf die demokratische Partei beschränkt sich das Programm, ohne sich irgendwelche Zusagen, auf eine allgemeine Erklärung gegenüber Irland. Was die Schulfragen anlangt, so werben die Demokraten sowohl die Befreiung von Irland, wie die weitergehenden Pläne von Kommunitar. Der demokratische Kandidat Cox erklärt sich nicht für in allen Schulfragen von der Mehrheit leiten zu lassen. Schließlich tritt das demokratische Programm für die Aufrechterhaltung des Alkohol-Verbotes ein.

Die Programme zeigen deutlich, daß es in der Wahl die Fragen der inneren Politik sind, die die Wahl des Präsidenten heute beeinflussen und es tritt klar hervor, daß Wilson, der den Verfall der Partei und die Volkswirtschaften gefährdet hat und wieder betreten wollte, an dieser Stelle scheitern wird. Und hierin liegt auch der sichere Grund für das vorläufige Unterliegen der Demokraten gegenüber der republikanischen Partei. Der Republikaner Harding wird die Wahl in erster Linie den Amerikanern, den Umwohnern, den Landwirten und den Arbeiterpartei Wilsons zuwenden haben. Man ist Wilsons überdrüssig und hat sowohl im Osten wie im Westen die 8 Jahre Wilson-Regierung als ein Schicksal angesehen. Die Wähler wollen von der demokratischen Partei, nur Wilsons Willen nichts wissen. Das Gedächtnis hat Vahn, daß er das Land mit seinem Verwahrlosten in den Krieg gezogen hat, und daß er in diesem Krieg sein Volk an seinen eigenen angeblenden Interessen verstoßen hat.

Den Bestand von Interesse für uns ist, welche Maßnahmen die Präsidentschaftswahl auf das Verhältnis zu England und zu Europa überhaupt haben wird. In unsern Kreisen des europäischen Volkes drückt sich neben der Verärgerung über die gänzliche Verwerfung der amerikanischen Interessen durch Wilson immer mehr die Erkenntnis aus, daß der Weltkrieg in der Welt, die er in Deutschland erhalten hat, einfach unmöglich, und daß der Friedensvertrag von Versailles undurchführbar ist. Man beachte aber

Weitere Verschärfung der Streiklage in England

Lord George wünscht Selbsthilfe

London, 23. Oktober.

In allen Straßen Londons ist ein neuer Aufruf Lord Georges an die Bevölkerung angekommen. In diesem Aufruf fordert der englische Ministerpräsident das englische Volk auf, in den freilichen Tagen des großen Streiks zur Selbsthilfe zu greifen. Lord George hat seitdem einen Aufruf erlassen und fordert die ehemaligen Soldaten auf, der Regierung gegen die Streikenden beistehen zu sein und sich an den Unruhen nicht zu beteiligen. Einer der bekanntesten Industriellen Englands erklärte, daß wenn der Streik noch zehn Tage lang dauern würde, die gesamte englische Eisenindustrie ihre Betriebe stilllegen müßte. Thomas Ashton, der Führer der Bergarbeiter von Lancashire, erklärte in einem Interview, daß er der Ansicht sei, der Streik wäre gar nicht ausgebrochen, wenn es von Lord George abhängig gewesen wäre, aber einzelne Mitglieder des Kabinetts hätten sich den Wünschen der Bergarbeiter entgegengesetzt. Falls nicht noch im Laufe dieser Woche die Verhandlungen mit den Arbeitern beginnen, wird es in der nächsten Woche bedeutend schwieriger sein, der Streik aufzuheben; denn die Lage würde von Tag zu Tag schwieriger. Ashton vertritt noch, daß die Unterstützungsfonds der Arbeiter auf Monate, ausreichen.

Wie das Reutersche Bureau meldet, kommt die im Unterhaus eingebrachte Bill, die für die Dauer des gegenwärtigen Zustandes die Auszahlung von Geldern vorläufig, einer Gesetzesbesetzung des Kriegszustandes gleich, die Bestimmungen über diese Bill, die nächsten Dienstag zur zweiten Lesung kommen wird, sollen beschleunigt werden.

Der Kampf der Iren. Nach einer Londoner Meldung wurde bei Dienstag 23. Oktober von dort ein militärisches Aufgebot, die mit zwei Lastautomobilen besetzt und von einem Leutnant

geführt wurde, von 120 Bewaffneten angegriffen, die die Wagen weggenommen. Der Leutnant und zwei Soldaten wurden getötet, drei weitere verwundet.

Beratung der Bergarbeiter und Eisenbahner

London, 23. Oktober.

Die Konferenz der Eisenbahner hat den Vollzugsausschuß der Bergarbeiter aufgefordert, morgen mit ihnen zusammenzutreffen. Der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter ist noch London zu einer Sitzung einberufen worden, um die Einbindung der Eisenbahner und die allgemeine Lage zu erörtern. Dieser Vertagung des Vollzugsausschusses der Bergarbeiter nach London wird große Bedeutung beigemessen. Man ist der Ansicht, daß große Aussicht besteht, daß die Verhandlungen über die Vertagung und die Bergarbeiter, die der vorgängigen Sonntagmorgen wieder aufgenommen werden.

Auch in Frankreich!

Der Nationalrat der französischen Bergleute verabschiedete die Frage einer neuen Gehaltskala. Die Bergarbeiter erwarten, daß die Vertagung in Verhandlungen eintritt, damit die Gehaltsfrage friedlich gelöst werden kann.

Wird auch Deutschland unruhig?

München, 23. Oktober.

In Preßing in Oberbayern wurden drei Kommunisten verhaftet, die einen Streikversuch an der Bahnlinie zwischen München und Bamberg und im 200 Rm. für jedes Gewehr gestohlen hatten. Der Soldat war scheinbar auf das Angebot eingegangen. Bei der Vernehmung hat ihr Anführer, der Arbeiter Reumann, angegeben, daß er von seiner Parteileitung mit der Errichtung eines Streikversuches für einen kommunistischen Aufstand beauftragt gewesen sei.

Bundesstaatliche Autonomie für Oberschlesien

Die beschleunigte Einziehung des Reichsnopfers

von unserem Sonderberichterstatter

h. Berlin, 23. Oktober.

In den letzten Tagen tauchten die verschiedensten Gerüchte über eine beschleunigte Einziehung des Reichsnopfers auf. Aus zuverlässiger Quelle erfährt die „Nationallzeitung“ über die diesbezüglichen Vorbereitungen folgendes:

Der Gesetzentwurf über die beschleunigte Durchführung des Reichsnopfers ist im Reichstagsministerium so gut wie fertig gestellt und dürfte bereits am nächsten Mittwoch oder Donnerstag als fertige Gesetzesvorlage dem Reichskabinett vorgelegt werden. So daß damit gerechnet werden kann, daß der Gesetzentwurf noch in der nächsten Woche dem Reichstage vorgelegt werden wird. Um eine beschleunigte Einziehung des Reichsnopfers zwecks Verringerung der schwebenden Schuld zu ermöglichen, sind in der Novelle zwei Wege vorgezeichnet. Einerseits soll die Veranlassung durch eine Vereinbarung beim Reichstag der Reichskassen beschleunigt werden, andererseits soll eine Beschleunigung der Einziehung dadurch erreicht werden, daß ein Teil des schwebenden Reichsnopfers bereits in nächster Zeit, und zwar im Laufe des nächsten Jahres, eingezogen werden soll, während für den anderen Teil die bisherige Entscheidung, das heißt, die Zahlung in dreißig Jahresraten in Geltung bleiben soll. Die beschleunigte Einziehung wird, der schon im Laufe des nächsten Jahres beabsichtigt werden soll, ist noch nicht festgelegt. Es ist zu erwarten, daß die Novelle des Reichsnopfers auf keinerlei Schwierigkeiten stoßen wird.

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, hat Interkontinental-Deutsche AG & Co. in Berlin die Bundesstaatsminister bereit, um eine beschleunigte Veranlassung der Beschleunigung und besonders des Reichsnopfers in die Wege zu leiten. Bezüglich des Reichsnopfers wird man sich zunächst mit einer vorläufigen Veranlassung begnügen.

Die Zerteilung Deutschlands

h. Berlin, 23. Oktober.

Einem Bericht der Nationalversammlung entsprechend wird beim Reichsministerium des Innern zur Vorbereitung des Volksausgangs des Reichs der Reichsbevölkerung eine „Zentralstelle für Umbildung deutscher Länder“ in Form eines Ostindienauschusses gebildet. Dem Ausschuss gehören Mitglieder des Reichstages und Reichsbürgers, sowie Landesverwaltungen an, um die Bildung der Frage bestimmten Gelingen an. Die Zentralstelle wurde am den 3. November zu einer konstituierenden Sitzung nach Berlin berufen.

Die Preußenwahlen

Aus dem Wahlkampf der Landesversammlung.

Aus Berlin wird gemeldet:

Der Ausschuss für die Prämienliste in der preussischen Landesversammlung hat gestern zu seiner ersten Beratung über den Gesetzentwurf für die Wahlen zum preussischen Landtag zusammen. Dabei stellte die Novelle erneut den Antrag, als Wahltermin den 12. September festzusetzen. Die Regierungsparteien wiesen darauf hin, daß allein schon aus technischen Gründen ein so naher Wahltermin nicht unmöglich wäre. Der Antrag wurde aus abgelehnt. Es bleibt hinsichtlich des Wahltermins vorläufiglich bei der Abstimmung, daß die Wahlen drei Monate nach der Verabschiedung der Verfassung stattfinden. Der Ausschuss fertigt den Entwurf auf Abbruch eines Interkommunikations, der mit dem Ausschuss des Reichstages für die Wahlen verbunden ist, in erster Linie wegen der Arbeitslosigkeit. Der Ausschuss wird sich in seiner nächsten Sitzung, die am kommenden Mittwoch stattfindet, ebenfalls mit den Wahlen für die Provinzialparlamente und die Reichstage beschäftigen.

nicht den Fehler, daraus etwa auf eine besondere Deutschfreundlichkeit der Bevölkerung und ihres Kandidaten Harding zu schließen. Auch heute noch ist es wahrhaftig die deutschfreundlichen Amerikaner, nur sehr wenige für die Amerikaner handelt es sich lediglich um die Frage, wie weit sich Amerika um die Weltmacht kümmern soll und wie weit es sich um den Weltfrieden bemühen kann. Die Amerikaner wollen Handel treiben, Geschäfte machen und die Früchte ihres Sieges einheimen. Sie brauchen dazu ein lebensfähiges, kaufbares und aufnahmefähiges Europa, das ohne ein lebensfähiges Deutschland unmöglich ist. Das ist der dringendste Punkt, und darauf müssen wir unsere Politik und unser Verhalten gegenüber Amerika aufbauen.

Sei aber wir wieder zur Ruhe und Ordnung und zur allen Schaffensfreudigkeit zurückkehren, um so eher dürfen wir auf amerikanische Unterstützung rechnen, nicht aus Deutschfreundlichkeit der Amerikaner, sondern einfach, weil es in ihrem Interesse liegt.

Am 2. November wird der 20. Präsident der Vereinigten Staaten gewählt werden. Da bis zum Wahltag der größte Teil der 48 Bundesstaaten der Einführung des Frauenwahlrechts nicht zugestimmt haben wird, so ist mit einer Wählerzahl von ungefähr 80 Millionen zu rechnen, von denen etwa die Hälfte aus Frauen über 21 Jahre besteht. Der 2. November wird für die Politik der Vereinigten Staaten bis zum Jahre 1924 entscheidend sein.

Kurs der Berliner Börse vom 23. Oktober.

(Die 2 Uhr feststellbare Kurse und vollständige Vorkurskurse).

Bankdiskont: Reichsb.-Disk. 5%, Lombarddisk. 6%, Holland-5%, England 5%, Christiania 7%, Kopenh. 7%, Spanien 8%, Italien 6%, London 7%, New York 7%, Antwerpen 8%, Schweiz 5%, Wien 6%, L.-Oes. 6%, Prag 6%, Bukarest 7%.

Devisenkurse: Hamburg 100, Berlin 100, London 100, New York 100, etc.

Eisenbahn-Obliigationen: Altona 100, Berlin 100, etc.

Deutsche Anleihen: Reichsanleihe 100, etc.

Eisenbahn-Aktien: Altona 100, Berlin 100, etc.

Kleinbahn-Aktien: Altona 100, Berlin 100, etc.

Stadtschulden: Altona 100, Berlin 100, etc.

Preuß. Pfandbriefe: Altona 100, Berlin 100, etc.

Losanleihen: Altona 100, Berlin 100, etc.

Ausländ. Anleihen: Altona 100, Berlin 100, etc.

Bank-Aktien: Altona 100, Berlin 100, etc.

Die Ruhrkurz nach dem Kurs der Anleihe...

Extensive table of stock and bond prices for various companies and regions, including columns for company names, prices, and other financial metrics.

Fortlaufende Notierungen.

Table of continuous market quotations for various commodities and goods, including prices and quantities.

